

Zürichsee-Zeitung

ZRZ
Zürcher Regionalzeitungen



Bezirk Meilen

Immobilienvermarktung – individuell sympathisch

«Gerne verkaufe ich auch Ihre Liegenschaft.»

ubv www.ubv-immobilien.ch, Uetikon am See
T 044 922 90 09
bamert.edwin@ubv-immobilien.ch



Gesucht: Kobold und Fridolin

In Oetwil sind zwei Ponys abgehauen. Die Besitzer haben im Internet um Hilfe gebeten. **SEITE 2**

Ober verkauft Modegeschäfte

Der Modeunternehmer zieht sich zurück und gibt die Läden in Meilen und Küsnacht ab. **SEITE 3**

Cristiano Ronaldo

Der Portugiese und Real Madrid treffen heute in der Champions League auf den FC Basel. **SEITE 23**

Neues Gesetz hat für Eltern ärgerliche Folgen

VORMUNDSCHAFT Die Umsetzung des neuen Erwachsenenschutzgesetzes sorgt in den Gemeinden für Misstöne. Vor den Kopf gestossen fühlt sich auch der Vater einer behinderten Tochter aus Stäfa, der gegen seinen Willen Post erhalten hat.

Das Menschenbild hat sich in den letzten 100 Jahren in der Schweiz massgeblich verändert. Lange Zeit hinkte die Rechtsprechung dieser Entwicklung hinterher. Personen, die nicht oder nur teilweise handlungsfähig waren, konnten von den Behörden entmündigt und in Anstalten oder Kliniken versorgt werden. Heute ist das nicht mehr so leicht möglich. Dafür sorgt das neue Kindes-

und Erwachsenenschutzgesetz, das Anfang 2013 das 100-jährige Vormundschaftsgesetz abgelöst hat. Vormundschaften gibt es im neuen Recht nur noch für Minderjährige. Für Erwachsene sind neu individuelle Beistandschaften vorgesehen.

Mehr Mitsprache gefordert

Auch für die Gemeinden hatte das neue Gesetz einschneidende

Konsequenzen: Die Vormundschaftsbehörden wurden abgeschafft und durch professionelle Amtsstellen ersetzt. Am rechten Seeufer übernahm die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) Meilen deren Aufgaben.

Die Umstellung verlief bisher nicht ohne Misstöne. Mehrere Gemeinden im Bezirk Meilen wehrten sich im Sommer dagegen, dass die Kesb sie nicht in ihre Entscheide mit einbezog. Sie kritisierten explodierende Kosten und zu wenig Verbundenheit mit dem Dorf. Der Kanton wies die Kesb in der Folge an,

die Gemeinden in Kinderschutzfragen mehr einzubeziehen.

Beratung weniger persönlich

Über den mangelnden direkten Kontakt zu den Mitarbeitenden der zentralisierten Kesb beklagen sich auch Angehörige. Die Vormundschaftsbehörden in Stäfa hätten die Beratung früher viel persönlicher und unbürokratischer durchgeführt, sagt der Vater einer behinderten Tochter aus Stäfa. Zudem habe er damals immer die gleiche Ansprechperson gehabt. Bei der Kesb sei das nicht mehr gewährleistet.

Eine Folge des neuen Gesetzes, die erst jetzt zum Tragen kommt, macht den Stäfner ratlos: Seit der Volljährigkeit seiner Tochter hat er 17 Jahre lang keine Abstimmungsunterlagen für sein Kind erhalten. Für die bevorstehende Abstimmung im September lagen die Papiere aber erstmals im Briefkasten der Eltern. Die 35-jährige Frau ist so schwer behindert, dass es ihr unmöglich ist, an einer Abstimmung teilzunehmen. Für die Eltern ist nicht nachvollziehbar, warum sie die Post trotzdem erhalten.

Jacqueline Surer

SEITE 3

CVP alleingelassen

BERN Das Parlament empfiehlt eine CVP-Initiative zur Ablehnung, die Kinder- und Ausbildungszulagen von den Steuern befreien will. Der Ständerat hat sich gestern mit 27 zu 14 Stimmen gegen das Volksbegehren ausgesprochen. Aus Sicht der CVP ist es widersinnig, wenn auf Kinder- und Ausbildungszulagen Steuern gezahlt und so ein Teil des Geldes wieder dem Staat abgeliefert werden muss. Die Gegner der Initiative führten ins Feld, diese reisse ein Loch in die Steuerkasse. Zudem würden privilegierte Familien profitieren. Bis zu einem Einkommen von 100 000 Franken habe die Initiative keine Wirkung, sagte der Präsident der Wirtschaftskommission, Roberto Zanetti. *sda*

SEITE 17

Empfang der Schützenkönigin



Die Siegerin des diesjährigen Knabenschessens heisst Milena Brennwald und kommt aus Neftenbach. Dort wurde die 17-Jährige gestern Abend von Gemeindepräsident Martin Huber und rund 50 Gästen empfangen. Im Ausstich am Morgen hatte sie für viel Spannung gesorgt. *Marc Dahinden*

SEITE 16

Schock nach den Wahlen

STOCKHOLM Schweden steht nach der Abwahl der bürgerlichen Mehrheit vor einer schwierigen Regierungsbildung. Der sozialdemokratische Wahlsieger Stefan Löfven muss sich mehrere Koalitionspartner suchen. Mit Grünen und Linken kommen die Sozialdemokraten nicht auf eine Mehrheit im Reichstag. Der Schwedische Regierungschef Fredrik Reinfeldt reichte sein Rücktrittsgesuch ein. *sda*

SEITE 21

2-Milliarden-Angebot

KLOTEN Nachdem ein Verkauf des Zahnimplantate-Herstellers Nobel Biocare schon länger im Gespräch war, liegen die Karten nun auf dem Tisch: Der US-Konzern Danaher bietet den Aktionären 17.10 Franken pro Aktie für das Schweizer Unternehmen an, was einem Gesamtpreis von 2 Milliarden Franken entspricht. Auch nach einer Übernahme soll Nobel Biocare als eigenständiges Unternehmen und eingetragene Marke fortbestehen. *sda*

SEITE 16

Atomausstieg spaltet Zürcher Kantonsrat

ZÜRICH Der Zürcher Kantonsrat verlangt «klare Aussagen zum Ausstieg aus der Kernenergie». Das Parlament hat deshalb gestern den Energieplanungsbericht 2013 des Regierungsrates zurückgewiesen. Unmittelbare Auswirkungen hat dieser Entscheid allerdings nicht. Nach einer wortreichen (Atom-)Debatte hiess der Rat in der Abstimmung unter Namensaufruf den

Rückweisungsantrag der CVP mit 89 gegen 76 Stimmen bei vier Enthaltungen gut. Für Rückweisung stimmten SP, Grüne/AL/CSP, GLP, BDP sowie je eine Mehrheit von CVP und EVP. Die Strategie des Regierungsrates sieht vor, keine neuen Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke zu erteilen und die vier Atomkraftwerke mit Zürcher Beteiligung stillzulegen. *sda*

SEITE 15

Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer

TRIPOLIS Menschenhändler sollen ein Boot mit 500 Migranten versenkt haben, weil diese nicht in ihre Schiffe umsteigen wollten. Ein weiteres Flüchtlingsboot kenterte vor Libyen. Beim gestern publik gewordenen Drama auf See soll ein Flüchtlingsboot sogar vorsätzlich versenkt worden sein. Das Boot mit 500 Insassen sei vor wenigen Tagen vor Malta von Menschenschmugglern so lange

gerammt worden, bis es gekentert sei, berichtete die Internationale Organisation für Migration unter Berufung auf zwei Palästinenser, die sich unter den neun Überlebenden befunden haben. Stimmen die Berichte, wäre es eine der schlimmsten Flüchtlingskatastrophen der vergangenen Jahre. Zudem sank am Sonntagabend ein weiteres Boot mit 200 Flüchtlingen. *sda*

SEITE 28

WETTER



Heute **13°/22°**
Freundlich mit viel Sonne.

WETTER SEITE 27



9 771663 391026

ANZEIGE

frei-raum

Polsterateller
Möbel
Bettwaren
Bodenbeläge

Frei AG | Pfannenstielstrasse 122 | 8706 Meilen
Tel.: 044 923 01 51 | Fax.: 044 923 21 05
www.frei-raumdesign.ch | kontakt@frei-raumdesign.ch

Schwerbehinderte erhält neu Abstimmungsunterlagen

VORMUNDSCHAFT Ein Vater aus Stäfa hat 17 Jahre lang keine Abstimmungsunterlagen für seine schwerbehinderte Tochter erhalten, die weder lesen noch schreiben kann. Das ändert sich nun. Grund dafür ist das neue Erwachsenenschutzgesetz.

Ernst Baumgartner ärgert sich, als er im Briefkasten die Abstimmungsunterlagen sieht, die an seine Tochter adressiert sind. Die 35-Jährige hat eine schwere Behinderung, kann weder lesen noch schreiben und lebt seit vielen Jahren im Heim. «Das hat

jährigkeit seiner Tochter hatte der Stäfner keine Abstimmungspapiere für sein Kind erhalten. «Als sich die Gemeinde Stäfa noch darum kümmerte, war das kein Thema», sagt Baumgartner.

Behörden aufgehoben

Die Familie Baumgartner ist nicht die Einzige, die derzeit mit einem solchen Szenario konfrontiert ist. Grund dafür ist eine Gesetzesrevision: Anfang 2013 trat das neue Kindes- und Erwachsenenschutzgesetz in Kraft. Gleichzeitig wurden die Vormundschaftsbehörden der Gemeinden aufgehoben. Im Bezirk Meilen übernahm die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) Meilen deren Aufgaben.

Das neue Gesetz regelt unter anderem auch die zulässigen Schutzbestimmungen für Kinder und Erwachsene. Nach altem Recht konnten beispielsweise Eltern eines behinderten Kindes bei der Gemeinde einen Antrag auf Entmündigung stellen. Eine entmündigte Person verlor ihr Stimm- und Wahlrecht und erhielt keine Abstimmungsunterlagen mehr. Wenn sich die Eltern weiterhin um ihr Kind kümmern wollten, konnten sie selber als gesetzliche Vertretung des Sohnes oder der Tochter eingesetzt werden. Im Fachjargon wurde das als «erstreckte elterliche Sorge» bezeichnet.

Im neuen Gesetz gibt es die erstreckte elterliche Sorge nicht mehr. Vormundschaften sind nur noch für Minderjährige vorgesehen. In allen anderen Fällen kommen individuelle Formen von Beistandschaften zum Tragen.

Mehr Freiheit für Betroffene

Nach der Einführung des neuen Rechts wurde in einer Übergangsphase die erstreckte elterliche Sorge von Gesetzes wegen quasi



Die Unterlagen für den Urnengang am 28. September sind im Fall einer Stäfner Familie keine willkommene Post.

Manuela Matt

«Manche Eltern sagten, dass ihre Kinder sobald wie möglich wieder abstimmen möchten.»

Kurt Giezendanner,
Leiter Kesb Meilen

doch keinen Sinn, dass wir diese Papiere erhalten», sagt Baumgartner. «Meine Tochter kann damit nichts anfangen. Und ich darf auch nicht für sie abstimmen. Was soll ich damit?» Seit der Voll-

WER DARF ABSTIMMEN?

Gemäss dem Bundesgesetz über die politischen Rechte darf in der Schweiz jeder abstimmen, der 18 Jahre alt ist und das Schweizer Bürgerrecht hat. Stimmberechtigte werden von Amtes wegen im Stimmregister ihrer Wohngemeinde eingetragen, sobald sie die Stimmrechtsvoraussetzungen erfüllen. Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer müssen sich registrieren lassen. Nicht abstimmen dürfen Menschen, die wegen dauernder Urteilsunfähigkeit unter umfassender Beistandschaft stehen oder durch eine vorsorgebeauftragte Person vertreten werden. jsu

über Nacht in eine «umfassende Beistandschaft» umgewandelt. Diese Beistandschaft ist für Menschen gedacht, die in allen Belangen vertreten und vor ihrem eigenen Handeln geschützt werden müssen. Es ist die weitreichendste Erwachsenenschutzmassnahme, die das neue Gesetz kennt.

Zu den Aufgaben der Kesb gehörte es, seit Januar 2013 zu überprüfen, ob diese umfassenden Beistandschaften nach neuem Recht noch notwendig waren. Oftmals ist das nicht so, wie Kurt Giezendanner, Präsident der Kesb Meilen, sagt. «In vielen Fällen ist eine mildere Form der Beistandschaft angemessener. Eine, die den Betroffenen mehr Freiheit lässt.» Häufig müssten etwa Menschen mit einer schweren Behinderung im administrativen

Bereich oder bei der Vermögensverwaltung vertreten werden. «Oft besteht aber keine Gefahr, dass sie sich durch eigene Hand-

«Unterlagen zu verschicken, die keiner brauchen kann, ist bürokratischer Unsinn.»

Ernst Baumgartner,
Vater einer behinderten Tochter

lungen schädigen», sagt Giezendanner. Das Prinzip der Verhältnismässigkeit verlange dann, dass die mildest mögliche Massnahme

angeordnet werde. Durch die Aufhebung der umfassenden Beistandschaft erhalten die Betroffenen ihr Stimm- und Wahlrecht und damit auch die Abstimmungsunterlagen wieder. Weil die Überprüfung der Beistandschaften Zeit in Anspruch genommen hat, wurden die Entscheide teilweise erst kürzlich gefällt. Manche der Betroffenen haben deshalb erstmals für die bevorstehende Abstimmung im September die Unterlagen erhalten.

Manche wollen abstimmen

Kurt Giezendanner hat Verständnis dafür, dass sich manche Eltern darüber ärgern. Die Kesb habe abgeklärt, ob es einen Weg gebe, die Handlungsfähigkeit ausschliesslich im Bereich des Stimm- und Wahlrechts einzuschränken und

so den Versand der Unterlagen zu stoppen. «Rechtlich ist das aber nicht möglich.» Gemäss Giezendanner bringt das neue Recht in diesem Zusammenhang nicht nur Nachteile: Verschiedene Eltern von behinderten Kindern hätten darum gebeten, die Überprüfung der Massnahme möglichst rasch vorzunehmen. «Sie sagten, dass ihr Kind sich für Politik interessieren und bald wieder abstimmen möchte», erklärt Giezendanner. Diesen Wünschen sei die Kesb schon vor über einem Jahr nachgekommen.

Ernst Baumgartner kann über die Situation aber nur den Kopf schütteln: «Unterlagen zu verschicken, die keiner brauchen kann, ist doch nichts als bürokratischer Unsinn und Papierverschwendung.» Jacqueline Surer

Die Ära einer Modedynastie geht zu Ende

KÜSNACHT/MEILEN Robert Ober verkauft seine Modengeschäfte in Küsnacht und Meilen. An das Unternehmen, einst ein Traditionshaus in Zürich, erinnern bald nur noch ein paar Schriftzüge.

Der Küsnachter Modeunternehmer Robert Ober zieht sich ganz aus dem Geschäft zurück: Per Ende Januar 2015 verkauft er seine drei letzten Boutiquen in Küsnacht und Meilen an die Ledergerber Mode mit Sitz in Baden. Diese betreibt an der Goldküste schon heute einen Laden, an der Dorfstrasse in Meilen. Dort kommt nun die 200 Meter weit entfernte Myrta Mode hinzu, eines der drei Geschäfte, die bisher Robert Ober gehörten. Bekannter dürften allerdings dessen Filialen in Küsnacht sein: Ober Selezione Moda an der Florastrasse und Ober Due an der Zürichstrasse.

Wahrzeichen an der Sihl

Mit dem Verkauf findet die Geschichte des traditionsreichen Modehauses Ober, das über drei Generationen geführt wurde, ein Ende. Ein einschneidender Schritt war schon Mitte der 90er-Jahre erfolgt. Damals zog sich das

1917 gegründete Unternehmen aus der Stadt Zürich zurück. Seit 1934 hatte es in einem Warenhaus an der Sihlstrasse Kleider angeboten. Der markante Schriftzug auf dem Dach ist noch erhalten und steht unter Denkmalschutz. Im ehemaligen Modehaus befindet sich seit 2012 das Casino Zürich.

Obers Rückzug aus der Stadt hatte wirtschaftliche Gründe. Der Wettbewerb mit internationalen Ketten wie H&M und Zara sei hart geworden, sagte Robert Ober, der zehn Jahre lang die City-Vereinigung präsidierte, den Dachverband des Zürcher Detailhandels.

Konzentration auf Goldküste

Eine Weile betrieb Ober, der das Modehaus 1978 von seinem Vater übernommen hatte, noch zwei kleinere Geschäfte im Hauptbahnhof. Schliesslich gab er auch diese auf und konzentrierte sich auf das rechte Seeufer. Mit den drei Läden mache er zwar nur noch einen Bruchteil des Umsatzes von früher, punkto Ertrag sei die Goldküste aber ein interessantes Pflaster, sagte Ober damals.

Nun überlässt der Modeunternehmer dieses Geschäftsfeld anderen. Für die ZSZ war er gestern nicht für nähere Auskünfte

erreichbar. Gegenüber der Nachrichtenagentur SDA gab der 61-Jährige als Grund für den Verkauf an, er sei 35 Jahre lang im

Detailhandel tätig gewesen. Das sei genug. Die Angestellten in Küsnacht und Meilen sollen weiterbeschäftigt werden. Ebenso

bleiben die Ober-Schriftzüge in den beiden Küsnachter Filialen erhalten – des guten Namens wegen. Michel Wenzler



Ober Due an der Zürichstrasse in Küsnacht bietet Mode im mittleren Preissegment an.

Christian Dietz-Saluz

Überschlag mit dem Traktor

ESSLINGEN Ein 16-jähriger Traktorfahrer hat sich bei einem Unfall in Esslingen am späten Sonntagmorgen Rückenverletzungen zugezogen. Er wurde mit der Rega in ein Spital geflogen, wie die Kantonspolizei Zürich gestern mitteilte.

Der Jugendliche lenkte seinen Traktor kurz nach 17 Uhr auf einem Kiesweg. Aus noch nicht geklärten Gründen geriet das Fahrzeug neben den Weg auf das steile Wiesenbord und überschlug sich. Der junge Mann geriet unter den Traktor und verletzte sich am Rücken. sda

ETWAS GEHÖRT?

Etwas Neues oder Aussergewöhnliches in der Region Zürichsee gehört oder gesehen? Etwas, was viele Leserinnen und Leser der «Zürichsee-Zeitung» interessieren könnte? Rufen Sie die Regionalredaktion an: Telefon 044 928 55 55. zsz